Rezensionen

Objekttyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **7 (1987)**

Heft [1]: **Arbeitsfrieden - Realität eines Mythos : Gewerkschaftspolitik und Kampf um Arbeit - Geschichte, Krise, Perspektiven**

PDF erstellt am: **27.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Rezensionen

Siegrist, Hannes: Pioniere der Sozialpartnerschaft. Geschichte der Angestellen-Hausverbände in der schweizerischen Maschinenindustrie. Chronos Verlag, Zürich (112 S. , br., 18.-Fr.)

Die Geschichte der Angestellenorganisationen in der Schweiz hat bisher — gerade bei der Linken — wenig Interesse gefunden. Doch wenn die Angestellten auch kaum mit heroischen Arbeitskämpfen aufwarten, so sind ihre Organisationen kaum weniger alt als diejenigen der Arbeiter und ihr Organisationsgrad ist im ganzen nicht geringer. Wo aber liegt ihr besonderer Beitrag zur Geschichte der Arbeitnehmerorganisationen? Eine pointierte Antwort gibt der Titel der Studie von Hannes Siegrist, der hier allerdings mit den Hausverbänden in der Maschinenindustrie ein spezielles Segment der Angestelltenbewegung untersucht(1).

Unter dem Druck der Reallohnverschlechterungen während des Ersten Weltkriegs reagierten auch die Angestellten mit einer verstärkten Organisierung und einer tendenziellen Radikalisierung. In diesem Zusammenhang erfolgte in einigen Grossfirmen der Maschinenindustrie (ähnlich auch im Banken- und Versicherungsgewerbe) die Gründung von Hausverbänden der Angestellten, in denen sich Angestellte mit unterschiedlichem Status und Ausbildung organisierten.

Siegrist, dessen Darstellung auf Unterlagen der Hausverbände beruht, zeigt, dass diese Gründungen in den meisten Fällen auf den Widerstand der Unternehmensleitungen stiessen. Die gewerkschaftliche Tendenz, die hinter einigen der Gründungen stand, wurde in den Jahren nach 1918 überall durch Repressalien gegenüber den Aktivisten der Organisationen, denen die Angestellten keinen solidarischen Widerstand entgegensetzen konnten, zerschlagen. Aber auch die vorherrschende, gemässigte, kooperative Tendenz der Verbandsgründungen stiess in vielen Unternehmen auf erbitterten Widerstand. Der Vorwurf, die Hausverbände seien im wesentlichen Schöpfungen der Unternehmer, trifft also nicht zu.

Die Erfahrung der zwanziger und dreissiger Jahre zeigt jedoch deutlich, dass der gewerkschaftliche Spielraum von Hausgewerkschaften ohne starke Dachorganisationen sehr gering ist. Die im VSAM (Verband Schweizerischer Angestelltenvereine der Maschinen- und Elektroindustrie) locker zusammengeschlossenen Verbände waren — trotz allgemein hoher Organisationsgrade von 60-80% — für eine direkte Konfrontation mit den Unternehmern zu schwach. Häufig stützten sie ihre Legimitation gegenüber ihren Mitgliedern nur auf Vergünstigungen beim Einkauf von Konsumgütern und auf soziale Anlässe. Im Zentrum ihrer — nach Ansicht des Autors — nur schwach entwickelten theoretischen Vorstellungen stand die Produktivitätssteigerung durch Rationalisierung und technischen Fortschritt. Zu diesem Fortschritt hätten die Angestellten einen wichtigen Beitrag zu leisten. Die Unternehmer müssten die Angestellten jedoch als denkende und fühlende Menschen respektieren. Dadurch werde die Arbeitsfreude und damit die Leistung verbessert, was im Interesse der Unternehmer liege, sich umgekehrt aber auch wieder auf die Löhne der Angestellten auswirke. Dieses Konzept mutet durchaus

modern an. Das Problem bestand jedoch darin, dass die Unternehmer der Zwischenkriegszeit ihm nicht folgen wollten. In den meisten Betrieben herrschten nach wie vor stark autoritär strukturierte Managementformen, denen die Angestellenpolitiker weitgehend vergeblich das Modell des 'amerikanischen Managementstils' entgegenhielten.

In der Weltwirtschaftskrise der dreissiger Jahre vermochten die Unternehmer der Maschinenindustrie dagegen umso erfolgreicher ihr Krisenbekämpfungsrezept bei den Angestellten zu verbreiten: Die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland müsse durch Lohnabbau wieder hergestellt werden. Der VSAM lehnte 1934 die von den übrigen Angestelltenorganisationen breit unterstützte Kriseninitiative ab. Mit dieser an (vermeintlicher?) Brancheninteressen orientierten Politik ging er in gewisser Weise dem SMUV mit seinem Friedensabkommen voraus.

Insgesamt kommt der Autor zum Schluss, die Zeit sei für die Hausverbandsbewegung mit ihrer vollständig auf Kooperation ausgelegten Politik gegenüber den Unternehmern "nicht reif" gewesen. Die gewerkschaftlichen Erfolge seien wegen des Fehlens einer starken Zentralorganisation fast vollständig ausgeblieben. Die Hausverbände hätten vor allem integrativ und damit im Interesse der Unternehmer gewirkt. Immerhin hätten sie längerfristig "zum Abbau überkommener Formen der Autoritätsausübung und zur Entwicklung neuer Beziehungsformen"(77) beigetragen.

Der entscheidende Faktor für den Aufschwung, den der VSAM nach 1945 nahm, bilde die Veränderung der politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen. Die Unternehmer gelangten über die Ideologie der Betriebsgemeinschaft erst unter den Arbeitsmarktbedingungen der Hochkonjunktur zur Sozialpartnerschaft und fanden dazu in den Hausverbänden geeignete Partner.

Der Beitrag der Hausverbände zur betrieblichen und individuellen Besserstellung seiner Mitglieder bleibt so höchst fragwürdig. Bedeutender war möglicherweise seine Rolle bei der Vermittlung moderner Managementkonzepte und Personalführungsmethoden, von deren ökonomischen Nutzen die überwiegend konservativen Industrieführer erst in einem langwierigen Prozess überzeugt werden mussten.

Die hier zusammengefassten Thesen werden im Buch von Siegrist überzeugend an diversen Fallstudien entwickelt. Sein Hauptverdienst liegt aber in der Verbindung der Einzelfälle zu einem konsistenten Bild einer bisher vernachlässigten Organisationsform der Angestellten.

1) Allgemeiner zur Sozialgeschichte der Angestellten vgl.:Mario König/Hannes Siegrist/Rudolf Vetterli: Warten und Aufrücken. Die Angestellten in der Schweiz 1870-1950. Chronos-Verlag, Zürich 1985

Rudolf Vetterli

Tanner, Jakob: Bundeshaushalt, Währung und Kriegswirtschaft. Eine finanzsoziologische Analyse der Schweiz zwischen 1938 und 1953. Limmat-Verlag, Zürich 1986 (438 S., br., 46.- Fr.)

Die in der Schweiz als Aktivdienstzeit bezeichnete Periode des 2. Weltkriegs wird gemeinhin als Abschluss der sich seit dem Abbruch des Landesgeneralstreiks und der erfolglosen lokalen Generalstreiks am Ende des Ersten Weltkriegs anbahnenden politischen und gesellschaftlichen Integration und Konsensfähigkeit bisher widerstrebender Interessenlagen angesehen. Mehr noch: Die angesichts der Einschliessung der Schweiz durch die faschistischen Mächte Deutschland und Italien gewählte operative Lösung der schweizerischen Armeeführung, der Bezug des sogenannten Réduits, erfuhr eine ideologische Überhöhung, indem die schweizerische Gesellschaft als Ganzes zum Réduit national, zur „widerstandsentschlossenen Schicksalsgemeinschaft" gegen den Faschismus erklärt wurde.

Jakob Tanner hat es in seiner Züricher Dissertation unternommen, die langfristigen Auswirkungen der Aktivdienstzeit auf die Schweizerische Gesellschaft und insbesondere den sozioökonomischen Funktionszusammenhang von Landesverteidigung, Aussenwirtschaft und Innenpolitik in der Zeit des Zweiten Weltkrieges auf seine gegenseitigen Abhängigkeiten und Widersprüchlichkeiten hin zu untersuchen. Tanner ging es dabei weder um die Herausarbeitung des sich aus diesem Kräftedreieck ergebenden Resultates, noch um die Herausarbeitung der Leitvorstellungen und der abgeleiteten Handlungen führender Akteure in den Aktionsfeldern Landesverteidigung, Aussenwirtschaft und Innenpolitik. Systemzwänge und Systemwidersprüchlichkeiten sollten untersucht werden. Diese Perspektive erforderte ein höchst abstraktes und elaboriertes methodisch-theoretisches Vorgehen. Etwas verkürzt gesagt zieht Tanner zur Einlösung dieses hohen Anspruchs zwei theoretische Ansätze heran:

1. Die vom Österreicher R. Goldscheid ausgehende Finanzsoziologie, die in der Untersuchung des Staatshaushaltes eine Möglichkeit erblickt, das aller täuschenden Ideologien entkleidete Gerippe des Staates und dessen Einbettung in die Struktur von Gesellschaft und Wirtschaft in den Griff zu bekommen. Den Kern der Arbeit bildet dann auch die Beschreibung und Analyse des schweizerischen Bundeshaushaltes zwischen 1938 und 1953.

2. Um das gesellschaftsgeschichtliche Erkenntnispotential der Finanzsoziologie zu nutzen, wird auf die von A.S. Milward formulierte polit-ökonomische Theorie der „Strategischen Synthese" zurückgegriffen. Strategie und strategisch ist hier nicht im ausschliesslich militärisch-politischen Sinn zu verstehen, sondern die „Strategische Synthese" gibt Auskunft darüber, wie eine nicht näher definierte Machtelite eines Staates im Kriege oder unter Kriegsbedrohung die zur Verfügung stehenden ökonomischen und monetären Ressourcen auf zivile und militärische Verwendungszwecke aufteilt und damit einen Entscheid über den Mitteleinsatz an der „Innern Front" und an der „Äussern Front" fällt, d.h. eine „strategische Synthese" vollzieht. Front ist hier wiederum nicht militärisch zu verstehen, sondern etwa als Aktionsfeld im Hand-

lungsdialog mit aussen- und innenpolitischen Akteuren, ähnlich wie im heutigen Marketing der Ladentisch als Verkaufsfront bezeichnet wird. Die „Äussere Front" lässt sich unter zwei Aspekten betrachten: Einmal unter der dissuasiv-militärisch-nationalen und zum anderen unter dem kooperativ-wirtschaftlich-grenzüberschreitenden. Der zweite Aspekt bezeichnet ziemlich genau die Ladentischsituation: der Verkäufer bzw. Käufer ist Partner und Gegner zugleich.

Im Gegensatz zu den äusseren Frontverhältnissen — über SPS und KPS waren seit Herbst 1936 ausser einer Handvoll Trotzkisten in der Schweiz alle politischen Organisationen für die Landesverteidigung — gestaltete sich in der konkreten Untersuchung die Definition des Frontverlaufes im Innern für Tanner etwas schwierig. Der wie ein böser Geist durch die Arbeit schwebenden Machtelite, der sicher auch die Gewerkschaftsführer Bratschi und Ilg oder der als achter Bundesrat bezeichnete Energieminister Robert Grimm zugerechnet werden, steht die diffuse Masse der Ohnmächtigen gegenüber, die gelegentlich als die ehemals oppositionelle Arbeiterbewegung erkennbar wird.

Obwohl sich Tanner in seinem interpretativen Schlusskapitel aufs Glatteis der kontrafaktischen Geschichtsschreibung — eine Art begrenztes Spiel mit hypothetischen Entwicklungsvarianten — begibt, gelingt es ihm aufgrund seiner finanzsoziologischen Analyse, bisher unbeachtete und verdrängte Zusammenhänge und Langzeitwirkungen des Zusammenspiels von Landesverteidigung, Kriegswirtschaft und Kriegsfinanzpolitik aufzuzeigen. Das dichothome Modell von militärischer und wirtschaftlicher Dimension der äussern Front erlaubt ihm, schlagend nachzuweisen, dass die Mittelzuteilung an die Armee in Form von Waffen und Rohmaterialien wie Eisen und Kohle zur Zement- bzw. Betonherstellung ohne Handelsbeziehungen zu Deutschland unmöglich gewesen wären, sowenig wie die Durchführung des Plan Wahlens ohne Einführung von Saatgut und Dünger.

Aufgrund dieser Erkenntnis versucht Tanner den Entschluss, nach der Umschliessung der Schweiz die Armee in den Zentralraum zu schicken, als ökonomisch ressourcenoptimierende Lösung zu sehen. Wollte man einenteils weiterhin an der klassisch mobilen Kriegsführung festhalten und die bereits während dem Frankreichfeldzug überdehnte Armeestellung aufrecht erhalten, die nun zusätzlich eine Ausdehnung auf die Südfront erfordert hätte, wäre dies gleichbedeutend gewesen mit einem kolossalen Einsatz von Ressourcen für Waffen und Ausrüstungen und andererseits einem vermehrten Abzug von Arbeitskräften für die Besetzung langer Frontabschnitte. Diese Lösung hätte zudem die Gefahr erhöhter innenpolitischer Spannungen infolge temporär hoher Arbeitslosigkeit, Reallohnverlusten etc. mit sich gebracht. Rein ökonomisch gesehen, lässt sich der Réduit-Plan als ökonomisch optimierte Kompaktlösung interpretieren. Nun erforderte ja auch die übrigens schrittweise vollzogene, operativ äusserst fragwürdige Rücknahme der Armee auf die Linie Obersee — Vierwaldstättersee — Brünig — Thun — Festung St. Maurice einiges an Ressourcen: Ausbau der Festungen St. Maurice und Gotthard, Neubau der Festung Sargans sowie die Stapelung einer Unmenge von

Lebensmitteln und Waren. Insofern war es eine Gratwanderung zwischen militärisch-dissuasivem Nutzen und kooperativ-wirtschaftlichem Verhalten gegenüber Deutschland. Hier rächt es sich, wenn Tanner die Militärgeschichte aus seiner Histoire totale ausschliesst und das militärische Reduit als ressourcenverzehrende Festungsanlage auffasst (285) und zum Kurzschluss kommt: „Die dissuasiv-militärische Komponente der Anstrengungen zur Sicherung der nationalen Unabhängigkeit standen damit völlig in Abhängigkeit und im Schatten der kooperativ-wirtschaftlichen Bemühungen der Schweiz gegen aussen."

Das Réduit kann nicht mit den Festungen gleichgesetzt werden, kaum eine der neuen Divisionen hätte darin versorgt werden können. Die Festungen waren nur der Zucker obendrauf. Die Aufstellung der Armee im Zentralraum war eine operative Lösung angesichts der Umschliessung durch die Achsenmächte, eine wahrscheinlich militärisch und ökonomisch optimale Lösung. An der Strategie der Schweiz änderte sich durch den Bezug des Réduits nichts.

Damit ist nicht Stellung für das Réduit national, die gesellschaftspolitische Amalgamierung der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges bezogen. Auch bei dieser Dimension der „Innern Front" gelangt Tanner zu interessanten Aufschlüssen. Die Kriegswirtschaftspolitik, die Finanz- und Fiskalpolitik hatte stets Rücksicht zu nehmen auf die Entwicklung der inländischen Beschäftigungslage, auf das Lohnniveau und die Preise für die lebensnotwendigen Waren. Die Machtelite, jenes Konglomerat von Privat- und Verbandsinteressen, das an der Vollmachtenpolitik des Bundesrates teilhatte, war immer darauf bedacht, soziale Spannungen zu vermeiden und hatte nichts gegen eine staatlich gelenkte Konsumpolitik, bei der die Arbeitervertreter ihr Wort mitsprachen, schauten jedoch mit Erfolg darauf, dass kein staatlicher Einfluss auf die Produktion und die monetären Aussenbeziehungen aufkam. Insbesondere am Ende des Krieges wollte man nicht den gleichen Fehler machen wie im ersten Weltkrieg und durch eine schlechte Versorgung und Arbeitslosigkeit die Gefahr sozialer Unrast begünstigen. Zu Recht wird darauf hingewiesen, dass die von organisierten Interessen getragene Konkordanzpolitik der Schweiz im Weltkrieg die Herbeiführung politischer Entscheide unter möglichster Auslassung der Basis einexerzieren konnte. Dort, wo etwa wegen Reallohnverlusten Unmut entstand, wurde entweder die Faust im Hosensack gemacht, oder wo die Faust gezeigt wurde, ist sie von der eigenen Partei oder Gewerkschaft sofort zurückbugsiert worden. Der der Machtelite an der „Innern Front" gegenüberstehende Gegner, die nicht mehr sichtbare Opposition, war so ohnmächtig, das heisst unter dem Daumen der eigenen Partei und Gewerkschaft, dass eigentlich nicht von „Innerer Front" gesprochen werden kann, sondern von „Innerer Subordination". Dies machte es dann auch so einfach, den Mythos von der „widerstandsentschlossenen Schicksalsgemeinschaft" über die Zeit zu retten und als Stück gemeinsamer Erfahrung auf dem Weg zur Integration von Bürgerinteressen und Arbeiterinteressen legitimatorisch einzusetzen.

Rudolf Jaun

Degen, Bernard: Das Basel der andern. Geschichte der Basler Gewerkschaftsbewegung, Z-Verlag, Basel 1986 (199 S., br., 25.- Fr.)

In kaum einer andern Schweizer Stadt pflegt das Bürgertum (oder was davon übriggeblieben ist) seine eigene Stadt so als den Nabel der Kulturwelt darzustellen wie in Basel: Humanistenstadt, Kunststadt, Musikstadt; in unzähligen "Basiliensia" — so nennt man hier vornehm Nabelschauen — wird das Bild kultiviert. Dass es nicht nur provinzielle Selbstüberschätzung ausdrückt, sondern auch der soziologischen Realität in keiner Weise entspricht, dass Basel nämlich — Erasmus hin, Picasso her und (horribile dictu) im Gegensatz zu den vier andern Schweizer "Grossstädten" — in den letzten 100 Jahren schlicht eine Industriestadt war, die von ihrer Wirtschafts- und Sozialstruktur her gut ins Ruhrgebiet passen würde, diesen einfachen, aber wenig bewussten Sachverhalt erfährt man nebenbei, wenn man die Festschrift zum 100-jährigen Bestehen des Basler Gewerkschaftsbunds liest.

Das zeigt bereits: es handelt sich um keine der üblichen Festschrift. Zunächst will das 200 Seiten starke Buch nicht nur eine "Geschichte der Basler Gewerkschaftsbewegung" (so der Untertitel) im engeren, organisationsgeschichtlichen Sinn sein, sondern auch einen Beitrag zur Sozialgeschichte eben des "anderen", wenig beachteten Basel leisten. Aber auch im verbandsgeschichtlichen Teil ist es keine Jubelschrift, sondern kritische Geschichtsschreibung: so wird etwa die beschämende Forcierung des Ungeists des Kalten Kriegs durch sozialdemokratische Exponenten in den 50er Jahren schonungslos dargestellt. Dass dem Autor Bernhard Degen solches gestattet wurde, hängt wohl mit der von ihm selbst konstatierten Offenheit der Basler Gewerkschaften von heute zusammen, die nicht dem Klischee der konservativen Status-quo-Verwalter entsprechen, sondern "sich in ihren öffentlichen Stellungnahmen gegenüber den neuen sozialen Bewegungen (...) recht aufgeschlossen gezeigt haben"(184) und etwa während der Jugendbewegung anfangs der 80er Jahre "nicht zu den Stützen einer Ruhe-und-Ordnung-Politik"(184) gehörten.

Formal besticht der Band durch ein Konzept, das ihn sehr leserfreundlich macht: Zwischen den chronologischen Kapiteln zur Gewerkschaftsbewegung der letzten 100 Jahre gehen Einschübe in historischen Längsschnitten auf spezielle Fragen ein; schliesslich geben Kästchen zu Personen, Ereignissen und interessanten Details sowie Bilder und Dokumente einen atmosphärischen Eindruck. Die einzelnen Textelemente können unabhängig voneinander gelesen werden, damit lässt sich das Buch sowohl als Lesebuch wie auch als Nachschlagewerk brauchen. Da es zudem in sorgfältiger Sprache ohne Fachjargon geschrieben ist, wird es wohl tatsächlich von Historikern/-innen und von interessierten Gewerkschaftern/-innen gelesen und erbringt damit den Beweis: auch Sozialgeschichte lässt sich popularisieren.

In den Kästchen erfährt man zunächst viel Wissenswertes aus der Arbeiter-Kulturgeschichte: da gibt es einerseits statistische Angaben zur sozialen Lage der Arbeiter im 20-Jahre-Rhythmus (Löhne, Arbeitszeit, Ausgabenverteilung, soziale Sicherheit), da gibt es aber auch Informationen über Feste und

Feiern, über Schwierigkeiten von Grossveranstaltungen vor der Erfindung der Lautsprecher etc. Interessant auch die Veränderung der gegenseiten Anrede: Hatte nach der 1848er Revolution die Bezeichnung "Bürger" den bisher auch in Arbeitervereinen üblichen "Herrn" abgelöst, so setzte sich Ende des 19. Jhs. der "Genosse" durch (12). Dass dieser Mitte der 30er Jahre durch den "Kollegen" verdrängt wurde, spiegelt schwindendes Klassendenken, liegt aber auch an der Diskreditierung des Begriffes durch die Nazis, die den "Partei- und Volksgenossen" usurpierten.

Die thematischen Einschübe gehen ausführlicher auf spezielle Themen ein. Sie beginnen mit der Basler Arbeiterschaft. Auch hier korrigiert Degen ein Klischee: der Chemiearbeiter war nie *der* typische Basler Arbeiter, sondern bis zum I. Weltkrieg dominierte die Seidenindustrie (in der allerdings die Arbeiterinnen vorherrschten, die bekanntlich das Bild "des Arbeiters" nicht prägten). Parallel zu ihrem Niedergang traten in der Zwischenkriegszeit neben den gewichtigen Bausektor die Maschinen- und die Chemieindustrie. Die Dominanz der Chemie in der Basler Wirtschaft fällt erst in die Nachkriegszeit und bringt vor allem eine Zunahme der Angestellten, deren Abgrenzung zu den Arbeitern ohnehin verfliesst. Andere solche Einschübe befassen sich mit der Arbeiterpresse, der Sozialgesetzgebung, den Frauen, den Angestellten; ausserdem gibt es Statistiken zur Mitgliederbewegung, zur Arbeitslosigkeit und (erstmals vollständig) zu Streiks und Aussperrungen.

Hervorgehoben sei hier noch der instruktive Abschnitt über die Ausländer: Anfangs Jahrhundert bis zum I. Weltkrieg lag der Ausländeranteil an der Basler Bevölkerung bei 40%, der grösste Teil davon waren Deutsche, der Rest Franzosen und Italiener. Zwar gab es immer wieder Spannungen, indessen stellt Degen fest: "Eine eigentliche Fremdenfeindlichkeit kam aber trotz des nie mehr erreichten Ausländeranteils nicht auf. Die nationalen Sorgen blieben gegenüber den klassenbedingten wie Lohn und Arbeitszeit vorerst im Hintergrund. Die Fremdarbeiter bildeten auch nicht wie heute eine Unterschicht, auf der man herumtrampeln konnte, sondern vielfach gehörten sie zu den Qualifiziertesten"(70).

In der Zwischenkriegszeit dagegen, als der Ausländeranteil zurückging, gewann die Forderung nach dem Schutz einheimischer Arbeitskräfte an Boden, zum Problem wurden die Ausländer den Arbeitern und Gewerkschaftern erst in der Nachkriegszeit, als die ausländische Wohnbevölkerung wieder sprunghaft zunahm. Allerdings wurde nicht einmal die Hälfte der Werte von vor 1914 erreicht, aber: "Die soziale Zusammensetzung der Einwanderer hatte sich stark geändert. Anstelle von oft qualifizierten Handwerkern war nun mehrheitlich eine neue Unterschicht getreten"(71). Dass der SGB 1960 den Begriff der "Überfremdung" ins Arbeitsprogramm übernahm und 10 Jahre später viele Arbeiter für die Schwarzenbachinitiative stimmten, kontrastiert stark zur Haltung am Anfang des Jahrhundert. Die Entwicklung zeigt anschaulich, wie auch das Bewusstsein der Arbeiter und der Arbeiterbewegung oft weniger von objektiver Realität als von ideologischen Zeitströmungen geprägt wird.

Vieles, was sich in der industriellen Schweiz abspielte, machte keine gros-

sen Unterschiede zwischen den Kantonen, die Arbeiterbewegung war und ist weniger föderalistisch geprägt als bäuerliche und bürgerliche Strömungen. Und doch finden wir auch hier lokale Besonderheiten. Als Besonderheit der Basler Gewerkschaftsbewegung sticht die Stärke der (linkssozialistischen und kommunistischen) Linken hervor, vor allem in der ersten Hälfte des Jahrhunderts. Dies zeigt sich in vielen Kapiteln des Buchs, am deutlichsten wohl im Kartellkonflikt Ende 20er/anfangs 30er Jahre, in dem das Bundeskomitee des SGB das Basler Gewerkschaftskartell wegen dessen positiver Stellungnahme zu einem kommunistischen Referendum ausschloss und mit Hilfe einiger Sozialdemokraten ein Gegenkartell aufbaute, das sich erst nach jahrelangen, zähen Auseinandersetzungen durchsetzen konnte. Obwohl organisatorisch scheinbar besiegt, tauchte diese Linke schon während des Kriegs wieder auf. Mit ihrer Hilfe gelang es Aussenseitern gegen den Widerstand der Unternehmer, sozusagen handstreichartig, eine Chemiegewerkschaft aufzubauen. Interessant, wie die harte Haltung der Chemieindustriellen sich im Herbst 1943 — einem Zeitpunkt, zu dem sich noch andere Fahnen drehten — zu ändern begann: sie boten ein Friedensabkommen (analog dem in der Metallindustrie) an. Die Gewerkschaften konnten jedoch — mit den Arbeitern im Rükken — Ende 1944/Anfang 1945 in Basel und Baselland einen GAV durchsetzen, der im Gegensatz zum Friedensabkommen materielle Vereinbarungen enthielt. "Dass ausgerechnet die immer wieder taktische und organisatorische Ratschläge etablierter Funktionäre in den Wind schlagenden, als unerfahren und abenteuerlich eingeschätzten Radikalen der Chemiearbeitergewerkschaft einen solchen Pioniervertrag abschliessen konnten, gefiel allerdings nicht überall (in den schweiz. Gewerkschaften)"(164).

Eine Jubelschrift ist der Band auch aus einem letzten Grund nicht. Der engagierte Gewerkschafter wird den Band nicht stolz und befriedigt weglegen können. Unübersehbar sind die Zeichen, die eine problematische Zukunft ankündigen: die Arbeiterschaft ist zahlenmässig von Angestellen/Beamten längst überflügelt worden, die Gewerkschaften — von der Tertiarisierung der Wirtschaft überrollt — stagnieren seit Jahrzehnten, zum Teil gehen die Mitgliederzahlen empfindlich zurück, und schliesslich wächst bei Staat und Wirtschaft allmählich eine Generation von Managern heran, die — wegen des Arbeitsfriedens — die Gewerkschaften gar nie als Machtfaktor kennengelernt hat. Dass einzelne Führer die Probleme frühzeitig erkannten, dokumentiert Degen ebenfalls. So mahnte GTCP-Präsident M. Stohler bereits vor 20 Jahren: "Die Gewerkschaften seien in der ohnehin schon konservativen Eidgenossenschaft nochmals eher bei den konservativsten Kräften einzureihen. (...) Er vermisse gewerkschaftliche Studien über den Strukturwandel der Industrie und über tiefgreifende psychologische Veränderungen der Arbeitnehmerschaft. Die Gewerkschaften seien weiterhin im wesentlichen Vereine von im Stundenlohn beschäftigten Arbeitern. In ganzen Wirtschaftssektoren repräsentierten sie (...) nur eine Minderheit. (...) (Sie) seien zwar hoffähig geworden, aber nicht weil ihr Einfluss gestiegen sei, sondern weil die Unternehmer ihre Rolle als Ordungsfaktor zu schätzen gelernt hätten."(178 f.) Die Worte waren offenbar damals in den Wind gesprochen. **Werner Baumann**

Farago, Peter: Verbände als Träger öffentlicher Politik. Aufbau und Bedeutung privater Regierungen in der Schweiz. Rüegger Verlag, Grüsch 1987 (185 S., br.,28.- Fr.)

Wirtschaftsverbände üben in der Schweizer Politik traditionell einen ausserordentlich starken Einfluss aus. Nicht nur versetzen sie im Gesetzgebungsverfahren Parteien und Parlament ins zweite Glied, sondern sie sind auch in die Vollzugstätigkeit des Staates einbezogen. Nachdem die politische Aktivität der Verbände zunehmend Bedenken im Hinblick auf ihre demokratische Legitimität hervorgerufen hat, bemüht sich seit den 60er Jahren die politikwissenschaftliche „Einflussforschung" um eine genauere Kenntnis der Strukturen und Prozesse, welche den Verbänden ihre hervorragende Stellung ermöglichen. Sie beschränkt sich aber allzuoft auf die Beschreibung des Verbandseinflusses in einzelne Politikbereichen. Erst die Mitte der 70er Jahre einsetzende internationale *Neokorporatismus*-Debatte vermochte zu einer systematischeren Betrachtungsweise vorzustossen; indem sie stärker die organisationssoziologischen Voraussetzungen für verbandliches Handeln im Rahmen neokorporatistischer Verhandlungssysteme, d.h. der institutionalisierten Interessenvermittlung zwischen politischem System und Interessenorganisationen, thematisierte. In der Zwischenzeit liegen die Ergebnisse verschiedener vergleichender Untersuchungen vor, die zeigen, wie vielfältig der Aufbau von Interessenorganisationen im Detail ist und wie komplex sich die Verflechtung von Staat und Verbänden gestaltet.

Mit der vorliegenden Untersuchung nimmt der Autor ein Konzept auf, das sich auf dem Hintergrund der in den letzten Jahren publizierten Beiträge zur Neokorporatismus-Debatte als vielversprechend erwiesen hat, nämlich das der *privaten Regierung*. Private Regierungen sind Verbände, welche die Rollen von privaten Interessenorganisationen und von Trägern öffentlicher Politik in sich vereinen. Sie sind in hohem Masse repräsentativ, hierarchisch organisiert, finanziell eigenständig und gesellschaftlich integriert. Zugleich agieren sie als Träger eines klar definierten Bereichs öffentlicher Politik, weil der Staat ihnen die Kompetenz delegiert, nötigenfalls zu Zwangsmassnahmen zu greifen, die sonst der öffentlichen Gewalt vorbehalten sind. Private Regierungen gelten somit als *paradigmatische Elemente* neokorporatistischer Verhandlungssysteme.

Begrüssenswert ist vor allem der Versuch, das Konzept der privaten Regierung mit Hypothesen über gesamtgesellschaftliche Entwicklungen zu verknüpfen. Damit hebt sich diese Arbeit positiv von anderen Beiträgen zur Neckorporatismus-Debatte ab, die in theoretischer Hinsicht sehr oft bei einem diffusen Bezug auf die kapitalistische Wirtschaftsordnung oder das liberal-demokratische politische System verharren. Hier werden neokorporatistische Verhandlungssysteme im Zusammenhang mit dem unter anderen von J. Esser und J. Hirsch postulierten *postfordistischen Akkumulationsmodell* gesehen, welches die neuere Entwicklung in vielen kapitalistischen Ländern präge. Demzufolge führt die Entwicklung, vor dem Hintergrund der ökonomischen Wachstumskrise und einschneidender technologischer Umwälzun-

gen im Produktionsapparat, zu einer Spaltung oder Segmentierung der Gesellschaft in produktivitätsorientierte und sozial integrierte Kern- sowie in ökonomisch und sozial marginalisierte Randschichten. In dieses Akkumulationsmodell würden sich neokorporatistische Verhandlungssysteme in zweierlei Hinsicht einfügen: zum einen durch die Selektion und Integration bestimmter Gruppen in die öffentliche Politik, zum anderen durch die Dezentralisierung und Verfeinerung politökonomischer Regulierungsmechanismen. In diesem „segmentierten Korporatismus" können sich in erster Linie gut organisierbare und konfliktfähige Gruppen, wie sie private Regierungen darstellen, durchsetzen, denen vom Staat die Verantwortung für einen bestimmten Bereich öffentlicher Politik übertragen wurde.

Zur Überprüfung der empirischen Anwendbarkeit des Konzepts der privaten Regierung greift der Autor auf Resultate einer Untersuchung über Schweizer Wirtschaftsverbände zurück, welche wiederum Teil eines international vergleichenden Projekts war. Anhand eines Vergleichs mit den organisationsstrukturellen Merkmalen der rund 40 analysierten Verbände können deren 7 als private Regierungen identifiziert werden. Drei dieser privaten Regierungen sind Gegenstand detaillierter Beschreibungen ihres organisatorischen Aufbaus; es handelt sich hierbei um den *Schweizerischen Baumeisterverband (SBV)*, den *Schweizerischen Milchkäuferverband (SMKV)* und den *Verein Schweizerischer Maschinen-Industrieller (VSM)*. Ihre Funktionsweise als Träger öffentlicher Politiken wird mittels Fallstudien über die *Berufsbildung im Bauhauptgewerbe*, die *Regulierung der Käseherstellung und -vermarktung* sowie die *technische Normierung* in der Maschinenindustrie untersucht.

Die drei Beispiele für die Aktivitäten privater Regierungen zeigen, dass es in allen Fällen private Interessenorganisationen waren, welche die Initiative für Regulierungstätigkeiten ergriffen haben. Eine staatliche Intervention erfolgte nur, wenn 1. die Steuerung durch nichtstaatliche Akteure nicht optimal gelingt und diese den Staat um Unterstützung angehen oder wenn 2. der Staat eigene Interessen geltend macht und nicht gewillt ist, einen spezifischen Politikbereich gänzlich der privaten Regulierungsinitiative zu überlassen. Dabei lässt sich im Hinblick auf die Themen, bei denen staatliche Interventionen erfolgen, ein bestimmtes Muster erkennen: Von staatlicher Regulierung ausgespart bleiben am ehesten Bereiche, die „technischen" Charakter haben, wie z.B. die für Industrie und Gewerbe bedeutsame technische Normierung; je stärker jedoch ein Thema politisiert ist — wie z.B. das Bildungs- und Schulwesen —, desto eher wird sich der Staat um Einfluss bemühen. Im Falle der Berufsbildung findet man denn auch eine Aufgabenteilung, welche grundsätzlich dem Staat den schulischen und den Verbänden den betrieblichen Teil der Ausbildung zuweist.

Die Abgrenzung zwischen „technischen" und „politschen" Fragen ist allerdings keineswegs so eindeutig. Dies manifestiert sich etwa bei den Immissionsgrenzwerten für Boden, Wasser und Luft — an sich technische Festlegungen, die jedoch im Laufe der sich ausbreitenden Umweltdebatte zunehmend in den Bereich des öffentlichen Interesses gerückt sind. Hier spricht der

Autor ein zentrales Problem an, nämlich das der *Legitimität* privater Regierungen vom demokratie-theoretischen Standpunkt aus. Denn diese üben zwar Funktionen aus, von denen weite Teile der Öffentlichkeit betroffen sind, organisieren aber private Interessen und vermögen den elementaren Anforderungen an demokratische Kontrollierbarkeit nur zum Teil zu genügen. Man kann sich ohne weiteres der Meinung des Autors anschliessen, dass die Diskussion über die demokratische Legimität angesichts der wachsenden Bedeutung von Verbänden als Träger öffentlicher Funktionen nicht so bald an Aktualität verlieren wird. Somit stellt sich zwangsläufig die Frage nach den gesellschaftlichen Kräften, welche solche Kontrollfunktionen ausüben könnten. Wegen ihrer historisch begründeten Schwäche sind Staat und Parteien in der Schweiz nur beschränkt dazu in der Lage. Zu diskutieren wäre daher, inwieweit eine demokratische „Gegen-Öffentlichkeit" in diese Lücke springen könnte, die sich etwa aus Gewerkschaften oder aus Konsumenten- und Umweltschutzorganisationen konstituieren würde.

Wenn auch die Verknüpfung zwischen der empirischen Analyse und einer umfassenderen Perspektive gesamtgesellschaftlicher Entwicklung in der vorliegenden Arbeit in Ansätzen stecken bleibt, ist es doch das Verdienst, sehr detaillierte Einblicke in einen zentralen Bereich der Schweizer Politik zu vermitteln. Gerade für die Diskussion wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Alternativen ist es unerlässlich, die Mechanismen politökonomischer Steuerung genau zu kennen, will man nicht im luftleeren Raum verbleiben, sondern sich auch um deren praktische Durchsetzbarkeit bemühen.

Heinz Ruf

Jaun, Rudolf: Management und Arbeiterschaft. Verwissenschaftlichung, Amerikanisierung und Rationalisierung der Arbeitsverhältnisse in der Schweiz 1873 - 1959. Chronos-Verlag, Zürich 1986 (510 S,. br., 39.- Fr.)

Während die Gewerkschaften den Marsch vom Generalstreik zum Arbeitsfrieden absolvierten, setzte sich in den Betrieben die Stoppuhr durch. Wissenschaftlich ausgeklügelte Rationalisierungsmethoden beschleunigten den Produktionsfluss und stopften die letzten Schlupflöcher im Fabrikalltag. Vor dem ersten Weltkrieg konnte man in den Schuhfabriken der Bally AG gelegentlich noch „die Zeitung lesen oder stricken, weil die Warenförderung eine mangelhafte war"(230). Dagegen klagten Arbeiter der Maschinenfabrik Oerlikon (MFO) um 1930, dass die „Kalkulanten seit einiger Zeit herumschwärmen wie die Bienen"(341). Im zweiten Weltkrieg ärgerte der Zeitstudienexperte der Maag-Zahnräder AG die Belegschaft mit einem komplizierten Lohnsystem, das „im Kopf nicht ausgerechnet werden kann"(265). Gleichzeitig arbeitete das 1929 gegründete Betriebswissenschaftliche Institut der ETH (BWI) an einem Konzept der individuellen Arbeitsplatzbewertung, um „die Atmosphäre zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern noch weiter zu reinigen"(267).

Diese Dimension der Arbeiterintegration im Betrieb beschreibt Rudolf Jaun in seinem Buch. Die drei von ihm hauptsächlich untersuchten Unternehmen Bally, Maag und MFO zeigen den gleichen Trend, obwohl sie im Detail grundverschieden sind. Am Ende dieser Entwicklungslinie steht die „natürliche Bereitschaft zu Einordnung und Disziplin"(13): das unternehmerische Denken verdrängt das Klassenbewusstsein und das Kampfverhalten.

Zu Beginn des Jahrhunderts liest sich das noch anders. Da gibt es zum Beispiel noch den Widerstand gegen die Präsenzkontrolle: „Denn wenn der Arbeiter auf eigene Kosten das Jahr hindurch ein paar Tage fehlt, sollte er deshalb nicht auf die Schwarze Liste kommen"(316). Oder: Als die MFO 1911 am Tag des Limmattal-Gesangsfestes bis zum Schluss arbeiten wollte, regte sich der Betriebsdirektor darüber auf, dass „nachmittags weitaus der grösste Teil der Arbeiter weggelaufen"(317) sei. Selbst die Bally AG, der Schweizer Pionier der Stoppuhr-Experimente, hatte 1915 in einer straff geführten Uniformfabrik Probleme mit den Arbeiterinnen: „Die Kontrolle und namentlich regelmässige und andauernde Arbeit passte ihnen nicht und fast sollte man Handschuhe tragen, um diese Leute zu behandeln"(239).

Bei Bally, Maag und MFO ebenso wie in der von Jaun auch untersuchten Betriebswissenschaft und in der politischen Diskussion kommt im Lauf der Jahrzehnte ein ganzes Arsenal neuer Managementmethoden zum Vorschein: Stoppuhr-Analysen der Arbeitsplätze und Fabrikationsabläufe bis hin zu dem in der Schweiz seltenen Fliessband, psychologische Studien für die Personalauswahl und für die Kaderschulung, das Personalmanagement im weitesten Sinne mit unternehmenseigenen Wohlfahrtsinstitutionen, Werkzeitungen und Betriebsausflügen zur Förderung der „Betriebsgemeinschaft". Die wissenschaftlichen Grundlagen verfolgt Jaun zurück bis in das letzte Viertel des 19. Jahrhunderts. Die an den verschiedenen Universitäten sukzessive eingerichteten „Handelswissenschaften", die sich vor allem um die Probleme des Marktes kümmerten, entdeckten zunächst die besonderen Bedürfnisse der Industriebuchhaltung. Der Ausbau der wissenschaftlichen Kostenkalkulation beschleunigte um die Jahrhundertwende in den Grossunternehmen die Bürokratisierung in der Spitze. Da und dort wurden die schwerfälligen Bücher des alten Kontors durch Karteien ersetzt.

Doch der Stand der Informationstechnologie schränkte damals den Spielraum für systematische Betriebsreorganisationen noch stark ein. Während die MFO 1911 die nur wenige Jahre zuvor geschaffenen Akkordkarten wieder einstampfte(312ff.), scheiterte bei der Bally 1917 ein ehrgeiziges Buchungssystem an der Kapazitätsgrenze einer Hollerith-Büromaschine, die offenbar die rund 250 mit vierstelligen Dezimalzahlen klassifizierten Arbeitsschritte der Schuhherstellung nicht verkraftete. Nach dem Kollaps wurde der Organisationschef gefeuert und durch einen ehemaligen Artillerie-Instruktionsoffizier ersetzt(217ff.).

Um über die drei Fallstudien hinaus wenigstens in Umrissen ein Gesamtbild der Managemententwicklung zu skizzieren, liefert das Buch Literaturhinweise zu rund zwei Dutzend weiteren Unternehmen vorab des Maschinen- und Apparatebaus, aber auch der Textilindustrie. Jaun kommt zu dem Ergeb-

nis, dass die Bally AG mit der umfassenden Reorganisation der Betriebe vor und während des ersten Krieges der Zeit weit voraus war(202ff.). Auch die Ende der 20er Jahre bei der Maag AG durchgeführten Zeitstudien lagen nach seiner Ansicht noch um rund fünf bis zehn Jahre vor dem allgemeinen Trend(281). Die MFO dagegen, die vor 1936 unter dem Regime eines konservativen Gerontokraten erstarrte und bis zur Übernahme durch die BBC die Strukturprobleme eines unrationell breiten Produktesortiments nicht bewältigte, zählt Jaun zu den Pionieren des integrativen Personalmanagements nach 1940(353).

Alles in allem kann man anhand der verfügbaren Indizien deutlich erkennen, dass die öffentliche Diskussion der Rationalisierungsproblematik mit dem Vollzug in der Praxis nicht im Gleichschritt lief. Während die Diskussion nach 1920 erstmals richtig in Fahrt kam, um freilich in der Wirtschaftskrise nach 1930 völlig ins Leere zu laufen, dürfte sich das Leben hinter den Fabrikmauern stetiger entwickelt haben. Das Tempo der pragmatischen Reformen und der grosszügigen Experimente mitsamt den gelegentlich sichtbaren Schwierigkeiten und Misserfolgen bleibt indes weitgehend unklar. Zweifelhaft scheint mir unter anderem, ob die in dem Buch zitierten zahlreichen Arbeitskämpfe der Krisenzeit tatsächlich eine Art Take-off des Rationalisierungsprozesses signalisierten. In einer Zeit der Arbeitslosigkeit und der Deflation, also des Preisrückgangs und des allgemeinen Lohnabbaus, war ein Akkordstreit nicht von vornherein ein „Rationalisierungskonflikt". Zudem ist es umgekehrt möglich, dass die tiefgreifendsten Reorganisationen in der Hochkonjunktur bei steigenden Durchschnittlöhnen ohne „Nebengeräusche" verwirklicht wurden. Besonders neu errichtete oder technisch umgekrempelte Betriebe boten sich als Testfelder an.

Entscheidende Impulse für Theorie und Praxis des Betriebsmanagements kamen aus den USA, besonders von F.W. Taylor, später auch von H. Ford. Bereits 1913 pilgerte die Bally-Führung in das gelobte Land, um sich an Ort und Stelle zu informieren. In den 20er Jahren wurden solche Reisen in breiterem Stil wiederholt. Auf einer Teilnehmerliste von 1919 standen Namen wie Bally, Sulzer, Boveri, Reinhard, Schulthess, Gyr, Raichle, Schmidheiny oder Steinfels(88). Iwan Bally selber war neben seiner Tätigkeit als Fabrikationsleiter einer der Star-Propagandisten der Rationalisierungsbewegung. Das Importprodukt aus Amerika, das im Original „scientific management" hiess und in der Schweiz unter dem Namen „Rationalisierung" vertrieben wurde, war der Rohstoff für eine mittelständische Erneuerungsbewegung mit ideologischem Heilsanspruch. Nach dem von weiten bürgerlichen Kreisen als Trauma erlebten Generalstreik bot sich die Rationalisierung als eine Erlösungsphilosophie an. Technisches oder betriebsorganisatorisches Know How war hier nurmehr der engere Kern. F.W. Taylor und H. Ford lieferten ein Weltbild, das nicht nur die Unternehmer ansprechen sollte. Rationelle Produktion war in ihren Augen ein Dienst an der Volkswirtschaft. Über fallende Produktpreise und/oder steigende Löhne sollte auch die Arbeiterschaft am steigenden Wohlstand beteiligt werden.

Der euphorische Gehalt dieser Bewegung löste jedoch bei zahlreichen Un-

ternehmern ebenso wie auch bei ihren Spitzenverbänden Skepsis aus. Nicht nur Unternehmer alter Schule wie etwa der greise MFO-Chef Dietrich Schindler, sondern auch aufgeschlossene Manager gingen auf Distanz, da die „grosse Mehrheit", wie ein Bally-Manager warnte, „falsche Schlüsse betreffend Anwendung amerikanischer Methoden für unsere Verhältnisse ziehen könnte"(71). Neben dieser pragmatischen Strömung, die sich 1929 bei der Gründung des halbstaatlichen BWI voll durchsetzte, verkam die Erneuerungsbewegung rasch zum esoterischen Klub. Die 1930 einsetzende Wirtschaftskrise gab ihr dann den Rest.

Die Perspektive steigender Massenkaufkraft zog dagegen den gemässigten Gewerkschaftsflügel an. Zwar hatte der SMUV in früheren Jahren den Taylorismus scharf verurteilt, und noch 1927 sagte Konrad Ilg, die Rationalisierung strebe vor allem die „Perfektionierung raffinierter Methoden menschlicher Ausbeutung"(172) an. Doch in der gleichen Nummer der „Gewerkschaftlichen Rundschau" formulierte bereits der SGB-Programmatiker Max Weber das später dominierende Kaufkraft-Credo, das die Gewerkschaften dazu anleitete, Rationalisierungserfolge in Lohnsteigerungen, Preissenkungen oder Arbeitszeitverkürzungen umzumünzen(178).

Im Gegensatz zur bürgerlichen Rationalisierungseuphorie hielt die gewerkschaftliche Kaufkraftdoktrin bis zum Höhepunkt in der Mitte der 30er Jahre einigermassen stand. Umso erstaunlicher war allerdings, wie rasch die Gewerkschaften anschliessend in jener faschismusträchtigen Zeit auf die Ideologie der „Betriebsgemeinschaft" umstiegen. Diese Kapitulation, der sich die Maag-Arbeiter noch jahrelang energisch widersetzten und die selbst in der wenig protestfreudigen MFO bei der Belegschaft Enttäuschung auslöste, bleibt freilich auch in diesem Buch ein eigentliches Mysterium.

Dölf Duttweiler

Billeter, Geneviève: Le pouvoir patronal. Les patrons des grandes entreprises suisses des métaux et des machines (1919—1939). Librairie Droz, Genf 1985

In der Einleitung ihrer Dissertation stellt Geneviève Billeter die Frage nach dem Wandel der Arbeitsbeziehungen in der schweizerischen Metall- und Maschinenindustrie zwischen Landesstreik und Friedensabkommen ins Zentrum, wobei sie auch den Wandel der gesellschaftlichen Rolle des Staats und der privaten Verbände berücksichtigen will: Wie haben sich hier wesentliche Veränderungen in einer derart kurzen Zeit vollzogen? Wer von diesem Ausgangspunkt her eine explizite Analyse von Kausalitäten des Wandels erwartet, wird allerdings enttäuscht. Der Ansatz der Autorin ist im wesentlichen deskriptiv, wobei sie sich auf die Beschreibung einer Reihe von Aktivitäten der Arbeitgeber gegenüber Arbeiterschaft und Staat beschränkt. G. Billeter distanziert sich ausdrücklich von „deterministischen" Ansätzen und situiert ihre Untersuchung im Rahmen einer „Gesellschaftsgeschichte" (Kocka), in der die unterschiedlichsten Ausgangspunkte legitim seien, sofern sie zu ihrem sozialen

Kontext, zu den beherrschenden Problemen der untersuchten Epoche in Beziehung gesetzt würden. Die Arbeit basiert im wesentlichen auf publizierten Quellen; die Archive der Arbeitgeberverbände sind nicht berücksichtigt.

Der erste Teil des Buchs gibt einen Überblick über eine Reihe von Arbeitgeberaktvitäten in den Betrieben selber. Im ersten Kapitel werden verschiedene *Wohlfahrtseinrichtungen* (von den Krankenkassen, über Arbeiterwohnungen bis zu den Kantinen) aufgezählt; ihre Bedeutung für die Arbeitgeber wird jeweils kurz diskutiert, wobei vor allem die Abneigung der Unternehmer gegen staatliche Lösungen betont wird. Es folgt eine Beschreibung des Funktionierens der *Arbeiterkommissionen,* die als reine Arbeitgeberkreationen vor allem in den unruhigen ersten Jahren der Zwischenkriegszeit für die Unternehmer an Interesse gewinnen. 1921 umfassen die Betriebe mit Arbeiterkommissionen 80% der Arbeiter der Branche; dieser Anteil stagniert dann bis 1937, als mit dem Friedensabkommen die Arbeiterkommissionen, jetzt mit voller Billigung der Gewerkschaften, zum offiziellen Verhandlungsorgan gegenüber dem Arbeitgeber aufgewertet werden. Im Falle von Differenzen können diese jetzt auch nicht mehr von den Arbeitgebern aufgelöst werden.

Im nächsten Kapitel wird das Problem der *Rationalisierung* thematisiert. Ein Überblick über die konkreten Rationalisierungsmassnahmen in den Betrieben bleibt allerdings aus, einzelne Beispiele werden kurz erwähnt. Insgesamt schliesst sich die Autorin den Feststellungen von SMUV-Präsident Konrad Ilg von 1927 an, dass in der Branche kaum von einer eigentlichen Rationalisierung; sondern von einer Erneuerung von Methoden der Arbeitsintensivierung gesprochen werden müsse; Gründe dafür sieht Ilg in einer individualistischen Unternehmermentalität und einer zu kleinen Betriebsgrösse. Mehr Gewicht misst G. Billeter der Einführung psychologischer und psychotechnischer Methoden durch die Unternehmer bei, welche in diesem Zusammenhang auch die Institutionalisierung der „Betriebswissenschaft" an der ETH gefördert haben. Die Autorin betont einen Wandel in der betriebspsychologischen Reflexion, die sich zunehmend nicht nur psychotechnisch mit der „Arbeitskraft" beschäftige, sondern mit dem psychologischen Verhalten (auch der „Chefs") im Betrieb allgemein, wobei eine ausgesprochen moralische Komponente ins Spiel komme, vor allem auch im Sinne einer psychologisierenden Erziehung der Arbeiter zu besserer Arbeitsleistung.

Ein längeres Kapitel ist den *Personalzeitschriften* der Unternehmer gewidmet. Neben Hauszeitungen in den Unternehmer Sulzer (1919—23 und seit 1928), Von Roll (seit 1928), Dubied und Oerlikon (beide seit 1929) existiert seit 1933 die *Werkzeitung der schweizerischen Industrie.* Ökonomische Belehrungen aus Unternehmersicht, Pflege des Unternehmerimages, Erziehung zu Arbeitsfreude und antigewerkschaftliche bzw. antisozialistische Stellungnahmen gehören zu den Aufgaben dieser Blätter. Angesichts veränderter wirtschaftspolitischer Stellungnahmen der Gewerkschaften (Frankenabwertung 1936, Max Weber), vor allem aber mit dem Friedensabkommen wechselt die Attitüde gegenüber den Gewerkschaften ziemlich abrupt. Die überbetriebliche „Werkzeitung", ursprünglich als reines Kampfblatt konzipiert, propagiert nun die Ideologie der geistigen Landesverteidigung (1937 wirft das Blatt übri-

gens die Preisfrage auf, wie das Friedensabkommen als Argument für prompte Lieferungen den Kunden im Ausland besser bekanntgemacht werden könne).

Auf eine Analyse der *Kämpfe* in der Metall- und Maschinenindustrie verzichtet die Autorin leider mit der eigenartigen Begründung, dass das Thema gut untersucht und bekannt sei (die als Beleg angeführte Literatur bezieht sich dabei nur auf einzelne Teilaspekte dieses Themas). Stattdessen werden die *„Repressionswaffen"* der Unternehmer gegenüber den Gewerkschaften kurz aufgelistet. Daran schliesst ein Kapitel an über die *Perzeption der Gewerkschaften durch die Unternehmer.* Auffallend ist hier die recht feine Registrierung gewerkschaftlicher Schritte zur Mässigung ihres Kurses durch die Arbeitgeber: lange Zeit jedoch werden diese Zeichen von ihnen als rein taktische Schritte interpretiert. G. Billeter unterscheidet immerhin eine erste Phase der „Feindschaft" zwischen der Verbänden (bis 1924?), eine zweite des „Misstrauens" und eine letzte der „Aussöhung", die mit dem Friedensabkommen plötzlich einsetzt.

Das Friedensabkommen selber wird von der Autorin im Rahmen der *Vertragsverhandlungen* in der Metall- und Maschinenindustrie besprochen. Sie betont zunächst, dass sich Gesamtarbeitsverträge in der untersuchten Periode in der Schweiz praktisch nur im Bereich von Handwerk und Gewerbe durchsetzen können (eine Erfolgswelle in diesem Bereich markieren die Jahre um das Ende des Ersten Weltkriegs). Während die Gewerbetreibenden in diesen Verträgen einen Schutz vor brancheninterner Konkurrenz sehen, argumentieren die Grossunternehmer bei ihrer Ablehnung mit der internationalen Konkurrenz; eine brancheninterne Angleichung der Arbeitsbedingungen garantieren ihnen ihre Verbände. In der Metall- und Maschinenindustrie kommt es 1909 zu einer ersten Vereinbarung über die Aufnahme von Verhandlungen vor Kollektivstreitigkeiten und 1919 zu einer vertraglichen Arbeitszeitregelung (48-Stundenwoche), mit welcher der Unternehmerverband einer Änderung des Fabrikgesetzes zuvorkommen will. Einen Gesamtarbeitsvertrag lehnen jedoch die Arbeitgeber noch 1929 strikte ab; sie argumentieren u.a. mit ausländischen Erfahrungen, mit der Gefahr von Arbeitskonflikten bei Erneuerung der Verträge, mit der „Vertragsunfähigkeit" der Gewerkschaften und mit dem hohen schweizerischen Lohnniveau gegenüber der ausländischen Konkurrenz. Mit diesem Vertragsprojekt des SMUV von 1929 vergleicht nun die Autorin ausführlich den Inhalt des Vorschlags des SMUV für ein Friedensabkommen 1937. Die wesentliche Änderung liegt in der Beschränkung auf eine reine Verfahrensregelung für die schiedsgerichtliche Konfliktaustragung ohne inhaltliche Festsetzungen über die Arbeitsverhältnisse. Der Arbeitgeberverband geht zwar diesmal prompt auf den Vorschlag ein, setzt aber durch, dass die Fixierung der Löhne von schiedsgerichtlichen Regelungen ausgeschlossen bleiben. Als Gründe für das Einverständnis der Arbeitgeber nennt die Autorin — abgesehen vom Verzicht auf inhaltliche Festsetzungen — die besondere Situation der Industrie (Einsetzen der Rüstungskonjunktur bei gleichzeitiger Erhöhung der Lebenskosten), das aktuelle Projekt der Einführung obligatorischer Schiedsgerichte durch den Staat, welchem die

Unternehmer eine freiwillige Lösung vorziehen, die internationalen Spannungen (Bewahrung der schweizerischen Demokratie) und das Gewicht der auf Ausgleich bedachten Persönlichkeit von Ernst Dübi als Präsident des Arbeitgeberverbandes der Branche. Über die Diskussion innerhalb der Arbeitgeberschaft über das Projekt macht G. Billeter keine Angaben, was ohne Einblick in das Archiv des Arbeitgeberverbandes wohl auch schlecht möglich ist. Schliesslich ist die Zustimmung mit 128:3 Stimmen bei 6 Enthaltungen sehr eindeutig.

Interessant ist, dass im Zusammenhang mit dem Friedensabkommen eine der wenigen theoriegeleiteten Bemerkungen in der Arbeit geäussert wird, allerdings nicht in Bezug auf den Verhaltenwandel der Arbeitgeber, sondern der Gewerkschaften. In Anlehnung an organisationssoziologische Vorstellungen von Robert Michels gelangt die Autorin zur Überzeugung, dass die Abstriche des SMUV an seinen ursprünglichen Zielen wesentlich damit zu erklären seien, dass dieser die Stärke seiner Organisation zunehmend als Selbstwert betrachte, eine These, die mit Zitaten aus der Metallarbeiterzeitung gestüzt wird. Ihre Aussage, dass der SMUV als grosse und gemässigte Organisation seinen Neuerungselan eingebüsst habe, verknüpft sie allerdings mit der Ansicht, dass sich die Gewerkschaft damit die Mittel gegeben habe, ihren Mitgliedern wertvolle Dienstleistungen zu bieten.

Im letzten Teil des Buches wird das *Verhältnis der Arbeitgeber zur (institutionalisierten) Politik* untersucht. 19 Unternehmer der Branche sind in der untersuchten Periode als Parlamentarier tätig, ständig sind jene auch mit mindestens einem Repräsentanten im Bundesrat vertreten. Am Beispiel der parlamentarischen Tätigkeit kann die Autorin zeigen, wie die Unternehmervertreter noch in den 30er Jahren an ihrem klassischen, antietatistischen Liberalismus im Prinzip festhalten, wie sie sich aber unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise gezwungen sehen, ausdrücklich situationsbedingt von ihrem Credo abzweichen (produktive Arbeitslosenunterstützung, Exportförderung, Importrestriktionen, Bundesratsvollmachten etc.). Die parlamentarischen Reden machen gleichzeitig deutlich, wie sehr die Unternehmervertreter rhetorisch ihre eigenen Interessen mit denen des Landes gleichsetzen. Erst im Laufe der 30er Jahre sprechen sie direkter von ihren Gruppeninteressen; parallel dazu beginnen sie einem gemässigten Korporatismus zuzuneigen.

Im Zentrum der ausserparlamentarischen Einflussnahme steht in den 20er Jahren die Abwehr sozialpolitischer Innovationen, in den 30er Jahren die Verteidigung des ökonomischen und politischen Systems gegen die Linke, aber auch gegen allzu korporativistische Intentionen der Rechten, deren Positionen sie sich immerhin etwas annähern. Vom Mittel der Volksinitiative machen die Arbeitgeber nie, von der des Referendums nur zweimal Gebrauch; in den meisten Fällen genügt die Referendumsdrohung im Hintergrund, um das Ziel zu erreichen. Die Einflussnahme auf Abstimmungen dagegen ist massiv; am Beispiel der Kriseninitiative wird das eindrückliche Arsenal an Kampfmitteln aufgelistet — ein enormes Machtpotential wird sichtbar. Eine kontinuierliche Beeinflussung der Öffentlichkeit erfolgt vor allem über die „Schweizerische Mittelpresse", deren Entwicklung im Buch resümiert wird.

Im Schlusswort versucht G. Billeter unter anderem in wenigen Sätzen die schweizerische Entwicklung in den internationalen Kontext zu stellen. Sie erwähnt kurz die Sympathien der Unternehmer für gewisse Massnahmen des Dritten Reichs in Bezug auf Disziplin und Ordnung sowie eine gewisse Zusammenarbeit mit Gruppen der extremen Rechten. In einer Anmerkung gelangt sie in Anschluss an eine Kurzzusammenfassung der Theorien Alfred Sohn-Rethels etwas unvermittelt zum Schluss, die Metall- und Maschinenindustriellen seien nicht schwer genug von der ökonomischen Krise betroffen gewesen, „um faschistisch zu sein". Dass die schweizerische Wirtschaftspolitik in den 30er Jahren weder im Sinne der faschistischen Systeme noch im Sinne des New Deals oder keynesianischer Konzepte geändert wird, begründet die Autorin — im Sinne einer Partialerklärung — mit dem vorsichtigen, letztlich erfolgreichen Umgang des schweizerischen Staats mit seinem einzigen von der Verfassung vorgesehenen effizienten wirtschaftspolitischen Mittel, der Möglichkeit zur Abwertung des Schweizer Frankens.

Gesamthaft gesehen finden sich in der Arbeit eine Reihe von aufschlussreichen Ausführungen zu einzelnen Bereichen und Aspekten des Themas. Doch ein — auch offener — Rahmen der Interpretation wird nicht sichtbar, theoretische Überlegungen tauchen nur sporadisch und unvermittelt auf, eine Einbettung der einzelnen Aspekte in eine zusammenhängende Darstellung findet kaum statt. Die konkrete Verzahnung ökonomischer, sozialer, politischer und ideologischer Entwicklungen, das direkte oder indirekte Zusammenspiel etwa von Arbeitskonflikten, Veränderungen der sozialen Lage, Automation, Konjunktur, Verhandlungsdispositionen, staatlicher Einflussnahme zu einer Gesamtentwicklung wird kaum rekonstruiert. Am klarsten und differenziertesten werden Entwicklungslinien des Unternehmerverhaltens im Bereich der Ideologie herausgearbeitet.

Felix Müller

„Heraus aus Dreck, Lärm und Gestank..."

Fotoausstellung zu Alltag und Arbeiterbewegung in der Schweiz

Am 1. Mai 1987 ist in Schaffhausen die Fotoausstellung *„Heraus aus Dreck, Lärm und Gestank..."* eröffnet worden. In über 500 meist unbekannten Bildern werden darin Alltag und Arbeiterbewegung in der Schweiz während der letzten 100 Jahre dokumentiert. Die Ausstellung ist nicht chronologisch aufgebaut, sondern thematisch in zehn Teile gegliedert: Arbeitswelten, Frauenarbeit, Freizeit, Nationalismus und Internationalismus, Politik an der Urne, Gewerkschaften, Neue soziale Bewegungen, Jugendzeit, Wohnen, Im Hintergrund der Fotografie. Neben den Fotos sind verschiedene Kleinexponate und Videofilme zu sehen, ein Begleittext liegt ebenfalls vor. Die *Wanderausstellung* ist das Produkt einer zweijährigen Zusammenarbeit des Bildarchivs zur Geschichte der Arbeiterbewegung Zürich (R. und A. Gretler) mit einer

Gruppe unabhängiger Sozialhistoriker (A. Fischer, P. Huber, Th. Huonker, M. König, St. Lindig, I. Meier, W. Nabholz, U. Rauber, K. Steffen, E. Walser) und einem Fotografen (U. Urech). Sie wurde von der Pro Helvetia, zahlreichen Gewerkschaften, kulturellen Institutionen und Stiftungen mit namhaften Beiträgen finanziell unterstützt.

Die Fotoausstellung verbindet zwei Anliegen einer kritischen Geschichtsvermittlung.

Zum einen eröffnen hier, im Unterschied zur herkömmlichen *Geschichtsschreibung,* Fotos und andere Bildquellen einen sinnlicheren und vielfältigeren *Einblick* in die jüngste Schweizer Sozialgeschichte als schriftliche Dokumente. Die Ausstellungsmacher/innen wollen den Blick dafür schärfen, Bilder lesen und bestehende Geschichtsbilder hinterfragen zu lernen. Sie verstehen ihre Arbeit auch als Kritik an der bisherigen, nicht-visuellen Geschichtsforschung. *„Wir meinen, dass es Aufgabe der Historiker und Historikerinnen ist, die Suche nach und die Verwendung von bildlichen Quellen ebenso selbstverständlich – und gleichzeitig ebenso kritisch – wie den Umgang mit schriftlichen Quellen zu betreiben"*, schreiben sie in ihrem Editorial.

Zum andern vereinigt die Ausstellung nicht längst bekannte Bilder von Profi-Fotografen und Bildagenturen, sondern Bilder von Betroffenen und Beteiligten: eine Auswahl aus 3'000 Fotos, die 1986 im Rahmen eines Wettbewerbs von hunderten von Privatpersonen für dieses Projekt eingesandt wurden, Bilder des *„Arbeiterfotobundes"* und solche von engagierten schweizerischen Fotoreportern der ersten Generation, schliesslich aktuelle Fotos von heutigen unabhängigen Fotografinnen und Fotografen. Diese Methode, die Betroffenen selbst zu Bild kommen zu lassen, vergleichbar derjenigen der „oral history", kennzeichnet auch einen neuen Typus von Fotoausstellung. Die *„visual history"* fordert zum Dialog zwischen Ausstellungsmachern und Bildgebern, zwischen Betrachtern und Fotografierten heraus. Sie erschliesst nicht nur einen neuen Blick auf die jüngste Vergangenheit, sondern knüpft durch die Unmittelbarkeit des Bildmaterials auch direkt an die persönlichen Erfahrung der Besucherinnen und Besucher an.

Das Motto *„Heraus aus Dreck..."* stammt übrigens nicht aus einem grünen Wahlprogramm von 1987, sondern – leicht abgewandelt – aus dem Mund von Herman Greulich und ist rund 80 Jahre alt. Es erinnert daran, wie alt – und wie aktuell – die Ziele der Arbeiterbewegung sind. Mit ihrer Fotoschau ermöglichen die Autoren eine kreative Auseinandersetzung mit Geschichte, nach dem Grundsatz: Es gibt keine bewusste Gestaltung der Zukunft ohne Kenntnis der Vergangenheit.

Die Wanderausstellung *„Heraus aus Dreck, Lärm und Gestank..."* kann von interessierten Gruppen, Institutionen und Behörden ausgeliehen werden. Lokale Begleitveranstaltungen oder Ausstellungstafeln sind zu empfehlen. Zu einem späteren Zeitpunkt soll die Gesamtausstellung in Buchform dokumentiert werden. Kontaktadresse: Bildarchiv & Dokumentation zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Zimmergasse 8, 8008 Zürich.

Urs Rauber